



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik

19.01.2016

Der Rechtsstaat wehrt sich

Das Markenzeichen der Union ist die Innere Sicherheit

Die Gewalt in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten hat die Menschen in unserem Land verunsichert und bei vielen Zorn hervorgerufen. Auch der Anschlag in Istanbul hinterließ deutliche Spuren. Die unionsgeführte Bundesregierung hat sehr schnell reagiert und sich auf rechtliche Konsequenzen verständigt. So wurde der Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen umfassend modernisiert. Dazu hat der Bundestag in der vergangenen Woche das sogenannte Datenaustauschverbesserungsgesetz verabschiedet. Aber auch das Ausländerrecht wird deutlich verschärft, um mehr straffällige Ausländer ausweisen und abschieben zu können. Allerdings kann dies nur gemeinsam mit den Ländern gelingen, die für den Vollzug der Abschiebungen zuständig sind. Zudem sollen durch ein strengeres Sexualstrafrecht Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen geschlossen werden.

Datenaustauschverbesserungsgesetz

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken soll die schnelle und flächendeckende Registrierung von Asylsuchenden und von Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, erreicht werden. Ein weiteres Ziel ist der systematische Datenaustausch zwischen allen Behörden, die mit den Asylbewerbern zu tun haben. Künftig wird Flüchtlingen nach Grenzübertritt ein fälschungssicheres Dokument ausgestellt, das die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und das erforderlich ist, einen Asylantrag stellen zu können. Neben den bereits heute schon zu speichernden Grundpersonalien werden etwa auch Fingerabdrücke sowie Angaben zu Gesundheit und Bildung in einer zentralen Datenbank erfasst, um eine zielgerichtete Integration zu ermöglichen. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS (Automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungs-System) - Datenbanken zu ermöglichen. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern und verhindern aufwändige Mehrfacherfassungen. Die Arbeitsaufnahme bei dauerhaft Bleibeberechtigten wird ebenfalls erleichtert. So können Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden, um eine weitere Beschleunigung der Asylverfahren zu erreichen.

Gespeichert werden die Daten in einem zentralen Register, auf das verschiedene Behörden Zugriff haben. So können beispielsweise das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration, die Polizei, die Aufnahmeeinrichtungen, aber auch Jugend- und Gesundheitsämter das komplexe Kerndatensystem gleichzeitig nutzen. Auch Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste können dadurch schneller Personenüberprüfungen durchführen.

Verschärfung des Ausländerrechts

Die Verschärfung des Ausländerrechts trägt sowohl dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung als auch der Feststellung, dass es bisher noch nicht im notwendigen Maße zu Ausweisungen und Abschiebungen kommt. Künftig kann ein Straftäter bereits ausgewiesen werden, wenn er zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht. Dies gilt bei Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, gegen die sexuelle Selbstbestimmung und bei Angriffen auf Polizisten. Auch Straftaten gegen das Eigentum können zur Abschiebung führen, wenn sie unter Anwendung von Gewalt oder von Serientätern verübt werden. Asylsuchenden, die Straftaten begehen, werden wir künftig konsequenter die rechtliche Anerkennung als Flüchtling versagen.

Strengerer Sexualstrafrecht

Das Bundeskabinett will den bereits vorliegenden Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung jetzt zügig beschließen. Demnach sollen künftig sexuelle Übergriffe auch ohne ein gewaltsames Vorgehen des Täters unter Strafe gestellt werden, insbesondere in Fällen, in denen der Täter ein Überraschungsmoment ausnutzt, sowie in Fällen, in denen der Täter die Furcht des Opfers ausnutzt.

Die Anpassung der Gesetze ist dringend erforderlich, härtere Strafen sind richtig, aber vor allem müssen diese auch umgesetzt werden. Die Bundesregierung hat schnell und richtig reagiert. Nun müssen aber auch Polizei und Gerichte mitziehen, damit verlorenes Vertrauen in den Rechtsstaat zurückgewonnen werden kann. So brauchen wir neben vorbeugender Aufklärung in Erstaufnahmeeinrichtungen mehr Präsenz der Polizei auf den Straßen, gute Ermittlungsergebnisse und eine schnelle Justiz. Auch müssen wir darauf achten, dass die Medien ihrer Verantwortung gerecht werden. Wenn sich in der Bevölkerung das Gefühl breit macht, dass nicht vollständig oder nicht objektiv berichtet wird, schadet das letztlich allen. Wir lösen die Probleme nicht, indem wir sie verschweigen.

Die CSU-Landesgruppe hat bereits vor den Ereignissen von Köln Erleichterungen bei Ausweisungs- und Abschiebungsmöglichkeiten straffällig gewordener Ausländer gefordert. Leider scheint es immer wieder besorgniserregender Ereignisse zu bedürfen, um Herausforderungen der inneren Sicherheit annehmen zu können. Wir sind in einer Situation, in der es für uns und unser Land besser wäre, wenn die SPD als Koalitionspartner ihre Blockade vernünftiger Vorschläge schneller aufgeben würde. So ist und bleibt die Innere Sicherheit das Markenzeichen der Union.